

1. Weltpolitische Veränderungen und Wandlungen in Deutschland von den 1960er bis zu den 1980er Jahren

1961/1962 Kubakrise

Um die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba zu verhindern, verhängen die USA eine Seeblockade. Die Welt steht am Rande eines Atomkrieges.

1972 Grundlagenvertrag

Die BRD und die DDR erkennen sich gegenseitig als gleichberechtigte Staaten an und verpflichten sich zu „gutnachbarlichen Beziehungen“. Vereinbart werden u. a. ein Gewaltverzicht, die Achtung der bestehenden Grenze und die Regelung praktischer und humanitärer Belange.

Entspannungspolitik

Nach der drohenden Gefahr eines Atomkriegs während der Kubakrise versuchen beide Seiten ab 1963 den Ost-West-Konflikt zu entschärfen. Es kommt zu Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und –begrenzung. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vereinbart einen Gewaltverzicht und verbessert die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Ost und West. Zu Beginn der 1980er-Jahre verschärfen sich die Spannungen jedoch wieder.

Ostverträge

Die von der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt geschlossenen Verträge mit der UdSSR, Polen, Tschechoslowakei und der DDR (Grundlagenvertrag) sind Bestandteil der Entspannungspolitik. Vereinbart werden ein gegenseitiger Gewaltverzicht und die Achtung der bestehenden Grenzen.

„68er-Bewegung“

Internationale Protestbewegung einer ganzen Generation, vor allem von Studenten, gegen autoritäre Verhaltensweisen in Familie, Schule, an den Universitäten, am Arbeitsplatz sowie die sich immer stärker ausbreitende kapitalistische Konsumgesellschaft und den Vietnamkrieg. Die radikalen Ziele (Abschaffung des kapitalistischen Systems) erweisen sich als illusionär, führen jedoch zu einer Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, fördern z. B. Bürgerbewegungen (wovon zur Gründung der Partei „Die Grünen“ führt), die Gleichberechtigung von Frauen und verändern Erziehungsstile. Daneben mündet die Bewegung auch in den Terror der RAF, die ihre Ziele mit Bomberanschlägen und Attentaten durchsetzen will.

2. Die Auflösung des Ostblocks und die deutsche Einheit

ab 1985 Reformpolitik in der UdSSR:

Michail Gorbatschow versucht mit „**Glasnost**“ (Offenheit) und „**Perestroika**“ (Umbau, Umgestaltung) die massive Krise im Land zu meistern und die Sowjetunion zu modernisieren. „Offenheit“ (Glasnost) sollte nun in der Diskussion politischer Probleme herrschen, Kritik an Missständen sollte erlaubt sein. Der „Umbau“ (Perestroika) sollte das wirtschaftliche System der UdSSR umgestalten, die starre Planwirtschaft sollte gelockert und mehr private Initiative und Einflussmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Betriebe geschaffen werden.

1989 Umbruch im Ostblock:

Ausgehend von inneren Oppositionsbewegungen, die sich auch durch Gorbatschows Reformpolitik bestärkt fühlten, kommt es 1989 in fast allen osteuropäischen Staaten zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems.

gungen, die sich auch durch Gorbatschows Reformpolitik bestärkt fühlten, kommt es 1989 in fast allen osteuropäischen Staaten zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems.

9. November 1989

Öffnung der innerdeutschen Grenze („Fall der Mauer“) infolge von Massenflucht und friedlicher Proteste der DDR-Bürger.

3. Oktober 1990

„Tag der deutschen Einheit“: Beitritt der neuen Länder (ehem. DDR) zur Bundesrepublik Deutschland; gesetzlicher Feiertag seit 1990

3. Europa und die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

1992 Vertrag von Maastricht:

Wichtiger Meilenstein auf dem Weg der europäischen Einigung. Die damals zwölf Mitgliedsstaaten der EG (Europäische Gemeinschaft) unterzeichnen den „Vertrag über die Europäische Union“ (EU-Vertrag). Vereinbart werden u. a. eine Wirtschafts- und Währungsunion, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik.

Osterweiterung der EU

Nach der Auflösung des Ostblocks und der Demokratisierung der früher kommunistischen Staaten strebe die Mehrzahl dieser Staaten die Mitgliedschaft in der EU an. Bis 2007 treten zehn osteuropäische Staaten der EU bei, nachdem die Aufnahmekriterien (Marktwirtschaft, Demokratie, Rechtsstaat usw.) erfüllt sind. Damit ist die Zweiteilung Europas, die im Kalten Krieg vorherrschte, überwunden.